

Belastungen in der Justiz

16. Mai 2024 – In einem offenen Brief an die Landesregierung kritisiert der „Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen“ Personalmangel. Es fehle insbesondere an Staatsanwältinnen und Staatsanwälten. Über mögliche Konsequenzen debattierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde.

Diese war von der Fraktion der AfD beantragt worden. In ihrem Antrag ([18/9229](#)) zitiert die Fraktion aus dem an Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) adressierten offenen Brief. Demnach könne die Justiz „aufgrund mangelnder Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber ihre Aufgaben insbesondere im Bereich der Strafverfolgung nicht zeitnah und angemessen erfüllen“.

„In unserem Land scheint sich eine zunehmende Rechtsnot auszubreiten“, sagte [Dr. Hartmut Beucker](#) (AfD). Es fehlten vor allem Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Missstände bestünden allerdings schon länger. Seit Amtsantritt des Justizministers habe sich die Situation jedoch nicht verbessert. Tatsächlich werde die Belastung immer schlimmer. Beucker sprach von einem erheblichen Anstieg bei den Ermittlungsverfahren. Die Freigabe von Cannabis zum Beispiel „schaufelt neue Aktenberge auf die Schreibtische“. Doch statt dringend nötige Stellen zu schaffen, werde das „System weiter ausgehungert“.

„Funktionierende Justiz“

„Eine Rechtsnot haben wir in Nordrhein-Westfalen nicht – werden wir auch nicht und nie haben“, hielt [Angela Erwin](#) (CDU) dagegen. Der AfD gehe es darum, Unsicherheit zu verbreiten. Erwin sprach von einer „funktionierenden Justiz“. Das „Fundament“ seien mehr als 40.000 Beschäftigte, „die jeden Tag voller Herzblut, Einsatz und Leidenschaft“ arbeiteten. Durch „gute Innen- und Rechtspolitik“ schaffe man im Land Vertrauen. Sie wies auf erhöhte Aufklärungsquoten hin. Wenn mehr ermittelt und aufgeklärt werde, führe das auch zu mehr Gerichtsverfahren. Es seien bereits Maßnahmen zum Belastungsabbau getroffen worden.

Offenbar habe die AfD-Fraktion in den vergangenen zwei Jahren nicht zugehört, als um beste Lösungen für die Justiz gerungen worden sei, sagte [Sonja Bongers](#) (SPD). Sie forderte eine angemessene Bezahlung für alle Berufsgruppen, Entlastungen durch den sinnvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz und flexible Arbeitszeiten. Der Antrag der AfD enthalte hingegen kein Konzept. Es sei zudem unredlich, eine Übergangssituation, die durch die Cannabislegalisierung entstehe, als Dauerzustand darzustellen. Bongers forderte „mehr

Mut für eine bessere Ausstattung, für eine Generalüberholung der Justiz“. Das sei teuer, aber unabdingbar.

„Unverschämterweise stellen Sie sich als Beschützer des Rechtsstaats dar“, sagte [Dagmar Hanses](#) (Grüne) in Richtung der antragstellenden Fraktion. Denn das Verhältnis der AfD zum Rechtsstaat sei inakzeptabel. Dass ein Berufsverband aus der Praxis heraus Forderungen an die Politik richte, sei selbstverständlich und hilfreich. Der Minister habe darauf reagiert und Richterinnen und Richter aufgerufen, sich freiwillig für die Staatsanwaltschaft zu melden – mit Erfolg. Dies reiße auch kein Loch in die Richterschaft. Dem Fachkräftemangel begegne die Regierung mit einer Imagekampagne und einer Ausbildungsoffensive.

[Dr. Werner Pfeil](#) (FDP) sagte mit Blick auf die AfD-Fraktion, dass die Personalsituation der Justiz mehrfach Thema im Rechtsausschuss gewesen sei. Eine Aktuelle Stunde dazu zu beantragen, sei „nicht der glücklichste Zug“ gewesen. Man hätte Vorschläge in regulären Anträgen unterbreiten können. Da sei bisher sowohl in den Ausschusssitzungen, aber auch in Plenardebatten „wenig gekommen“. Pfeil kritisierte zudem die Arbeit des Justizministers. Was er bislang zur Lösung des Problems vorgeschlagen habe, sei „sehr unausgegoren“. Er kenne seine Aufgaben und müsse tätig werden.

Justizminister [Dr. Benjamin Limbach](#) (Grüne) betonte, dass in der nordrhein-westfälischen Justiz 43.000 engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig seien. „Die Justiz in NRW funktioniert, und sie funktioniert gut.“ Der Rechtsstaat sei wehrhaft und schütze die Menschen und die Demokratie. Er dürfe nicht „kaputtgeredet werden“. Fakt sei, dass die Arbeitsbelastung bei den Staatsanwaltschaften in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sei. Dazu habe er bereits im vergangenen Jahr Gespräche mit den Generalstaatsanwaltschaften aufgenommen, um mit verschiedenen Maßnahmen gegenzusteuern. *zab, sow, wib*

Foto: Schälte